



www.freiheitistleben.de/vasall_und_lehensherr.htm

Wir wissen, alle Handlungen der BR in D und Co. profanes Recht des Rechtspositivismus darstellt.

Ich behaupte: die Exekutive der BR in D ist immer noch Vasall (damit treffen die Haftung-s/Folgen auch die Hegemonialmächte).

Protokoll über die Dreimächtekonferenz von Berlin vom 2. August 1945 Signatarstaaten: Sowjetunion, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten

III. Deutschland

A. Politische Grundsätze

1. Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt,

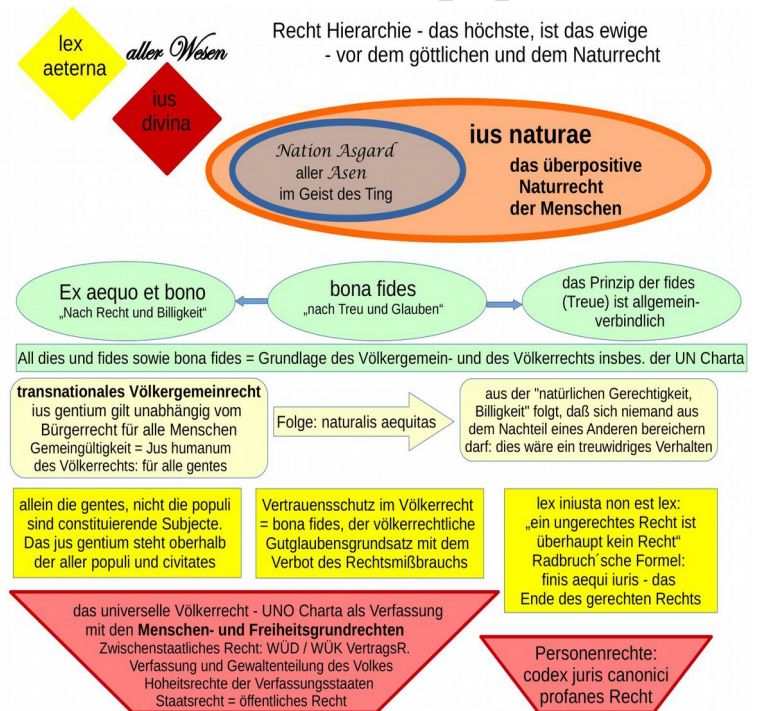
Ich kenne keinen Rechtsakt, wodurch das Potsdamer Protokoll und seine Konsequenzen jemals aufgehoben worden wären.

Zitat Seite 48 „Der Spiegel 7 / 2009“:

Das Spitzenpersonal, die Ministerpräsidenten, suchte Clay persönlich aus. Gelegentlich lud er die Männer zum Kaffee ein, hielt sonst aber Distanz. Die Macht der Amerikaner war allumfassend. Weil Bayerns Ministerpräsident, der CSU-Mitbegründer und spätere Bonner Finanzminister Fritz Schäffer, die Erwartungen nicht erfüllte, bestellten die US-Militärs am 28. Sept. 1945 ihn und zwei seiner Minister ein. Der aus dem Schweizer Exil zurückgekehrte Fritz Hoegner (SPD), ein ehemaliger Reichstagsabgeordneter, musste ebenfalls kommen. Ein Oberst empfing die Besucher hinter einem Schreibtisch.

Die Deutschen hatten sich im Halbkreis aufzustellen. Der Offizier machte es kurz: „Sie, Herr Fritz Schäffer, Ministerpräsident von Bayern, sind hiermit abgesetzt. Hier ist Ihr Brief.“ Dann wandte er sich an den Sozialdemokraten: „Sie, Dr. Wilhelm Hoegner, werden hiermit zum Ministerpräsidenten von Bayern ernannt. Hier ist Ihr Brief. Haben die Herren noch etwas zu sagen?“ Die Herren verneinten. Bei der Auswahl des Personals stützte sich Clay auf sogenannte Weiße Listen des US-Geheimdienstes

www.freiheitistleben.de/rechtskreise_und_ebenen.htm



Vertriebenenfamilie in Düsseldorf (1949): Elend der Besiegten DER SPIEGEL 7/2009

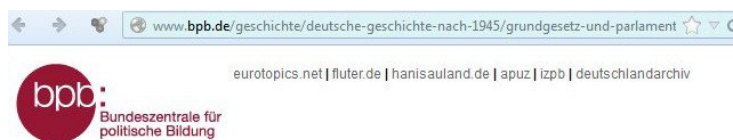
Erhard, der Dicke mit der Zigarre, handelte zwar ohne Abstimmung mit den Alliierten, ... aber natürlich agierte Erhard im Sinne Clays, eines überzeugten Marktwirtschaftlers, der die Insubordination {wiki u.a. Ungehorsam von Kriegsgefangenen } denn auch durchgehen ließ. Im Sommer 1948 gab es also eine Währung, doch fehlte der dazugehörige Staat. Amerikaner und Briten mussten zunächst Frankreich die Sorge nehmen, der östliche Nachbar könne erneut zu einer bedrohlichen nationalen Größe zurückfinden. Wirtschaftshilfe und die Aussicht auf ein dauerhaftes Engagement der USA in Europa stützten die Bemühungen. Zum 1. Juli bestellten Clay und die beiden anderen westlichen Militärgouverneure die Ministerpräsidenten ihrer Zonen ein. 5 Sozialdemokraten, 5 Unionsvertreter und der eine Liberale erhielten den Auftrag, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die eine „angemessene Zentralinstanz“ auf den Weg bringen sollte.

Siehe erneut (8.1.'16) Prof. Friedrich Berber
LEHRBUCH DES VÖLKERRECHTS
ZWEITER BAND KRIEGSRECHT von 1969
S. 130: V. Die Befugnisse der Besatzungsmacht
und ihre Schranken

a) Der Schutz der militärischen Interessen
Aus der Vorläufigkeit der Besatzungsgewalt folgt, daß die Besatzungsmacht nicht an die Stelle des Gebietsherrn tritt, nicht zur Ausübung der Souveränität berechtigt ist, vielmehr der Gebietsherr weiterhin im Besitz der Gebietshoheit verbleibt und auch seine Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsprechungshoheit, soweit nicht die Befugnisse der Besatzungsmacht entgegenstehen. Auch die Absetzung der Regierung des Feindstaates <<< 25. Mai 1945 Regierung Dönitz >>> oder die Einsetzung einer neuen Regierung << BR in D >> für das besetzte Gebiet (häufig Puppen-, Marionetten- oder Quisling-Regierung genannt) überschreitet die Befugnisse der Besatzungsmacht; eine solche Regierung ist nicht einmal als de-facto-Regierung anzusehen, sondern als ein Organ der Besatzungsmacht; Maßnahmen einer solchen Regierung, die weiter gehen als die Rechte der Besatzungsmacht, sind widerrechtlich. Rechtswidrige Akte der Besatzungsmacht verpflichten gemäß Art. 3 des Haager Abkommens über den Landkrieg von 1907 zum Schadenersatz; gegebenenfalls sind solche Rechtsverletzungen als Kriegsverbrechen zu ahnden. Der Gebietsherr des besetzten Gebiets kann nach Beendigung der Besetzung seine Staatsangehörigen wegen etwaiger Verletzung seines Strafrechts (Hochverrat, Landesverrat) oder seines Beamtenrechts (Verletzung der Treuepflicht) zur Verantwortung ziehen.

Wie der „Der Spiegel 7 / 2009“ zweifelsfrei beweist: diejenigen, welche sowohl ihren Landtag zu bilden hatten, als auch aus diesen Landtagen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates wählten, waren Vasallen der Alliierten. Wie diese bpb Seite zeigt, erfolgten die Handlungen dieser Vasallen ohne Einbindung des deutschen Volkes. Die BR in D wurde durch die Mitglieder des Parlamentarischen Rates - ohne das deutsche Volk - „gegründet“; damit war es schon immer ein Vasallenstaat der Alliierten.

Deswegen konnte H-D Genscher nur als Sprachrohr der Alliierten und nicht als Überbringer eines deutschen Volksentscheides auftreten: Dokumente zur Deutschlandpolitik **Deutsche Einheit Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90** von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann R. Oldenbourg Verlag 1998



Geschichte | Deutsche Geschichte | Grundgesetz und Parlamentarischer Rat | Der Weg zum Grundgesetz | Warum keine Verfassung?

Warum Deutschlands Verfassung Grundgesetz heißt

Gesellschaftliche Umbrüche, Revolutionen, gewaltsame Auseinandersetzungen und Kriege sind Gründe, warum sich ein politisches Gemeinwesen eine neue Verfassung gibt. Wie kam es, dass die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland "nur" ein Grundgesetz war?



Auch wenn das Grundgesetz nicht vom Volk beschlossen werden sollte, war das Interesse groß.

Gesellschaftliche Umbrüche, Revolutionen, gewaltsame Auseinandersetzungen und Kriege sind Gründe, warum sich ein politisches Gemeinwesen eine neue Verfassung gibt. In der Regel legen Verfassungen die Organisation des Staates fest und enthalten grundlegende Menschen- und Bürgerrechte. Nachdem eine verfassunggebende Versammlung den Text der Verfassung entworfen hat, wird diese vom Volk in einem Referendum beschlossen.

Die Geschichte des deutschen Grundgesetzes verlief anders – zwar nur in einigen, aber eben in entscheidenden Punkten.

Das Grundgesetz war keine Verfassung

USLegal Home | Legal Topics | USLegal Sites

USLEGAL™ | DEFINITIONS
USLEGAL.COM

Home About Definitions A-Z L

USLegal » Legal Definitions Home » D » Debellatio Law & Legal Definition

Debellatio Law & Legal Definition

Debellatio means the act of conquering or subduing. The term indicates end of a war caused by complete destruction of a hostile state. For example, the Second World War ended with a complete breakup of the German Reich. The term means complete subjugation of a belligerent nation. This involves a loss of sovereignty. It is a totality of military defeat in a war. The acquisition of a territory after a war in the absence of any peace treaty, because the defeated state has ceased to exist, is known as debellatio or subjugation.

Debellatio ist die Handlung, von der Eroberung oder Unterwerfung. Der Begriff gibt das Ende eines Krieges durch die vollständige Zerstörung eines feindlichen Staates bekannt. Zum Beispiel endete der Zweite Weltkrieg mit einer vollständigen Auflösung des Deutschen Reiches. Der Begriff bedeutet vollständige Unterwerfung einer kriegführenden Nation. Dies beinhaltet einen Verlust der Souveränität. Es bedeutet die vollständige militärische Vernichtung in einem Krieg. Die Übernahme eines Gebietes nach einem Krieg in Abwesenheit / Ermangelung eines Friedensvertrages, weil der unterlegene Staat aufgehört hat zu existieren: dies ist allgemein bekannt als debellatio oder Unterwerfung / Bezwingung / Knechtung.

S. 221 Zwei-plus-Vier-Vertrag *Als die Außenminister am 17. Juli zu ihrer dritten Konferenz in Paris zusammen-treten ... gibt Genscher zu Protokoll, dies bedeute keine Grenzgarantie der Vier Mächte, und ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung sei nicht beabsichtigt.*

S. 222 *Damit ist ein **Friedensvertrag endgültig ad acta gelegt** und der gordische Knoten im deutsch-polnischen Streit um den Grenzvertrag gelöst.*

Wie einst geschrieben, stimmt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nur bei nachfolgender Voraussetzung ----- <http://www.gesetze-im-internet.de/gg/index.html>

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Ausfertigungsdatum: 23.05.1949 - Eingangsformel:
Der Parlamentarische Rat hat am 23. Mai 1949 in Bonn am Rhein in öffentlicher Sitzung festgestellt, daß das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundes-republik Deutschland in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden ist. Auf Grund dieser Feststellung hat der Parlamentarische Rat, vertreten durch seine Präsidenten, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Also: der Parlamentarische Rat >> der aus den Länderparlamenten gebildet worden war << hat festgestellt, daß das vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland durch die Volksvertretungen >> also ihren Freunden und Parteigenossen in den Länderparlamenten << angenom-men worden ist. Das Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat beschlossen und diejenigen, die es beschlossen hatten, stellten fest, daß es angenommen worden war ----- rechtswidriges selbstkontrahierendes **Insichgeschäft**. Der Präsident des Parlamentarische Rates >> Konrad Adenauer << hat das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet ----- und damit die Bundesrepublik geschaffen, dessen höchstes Machtamt er dann auch begleitete.

Präambel

Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern .. haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.

Welches Deutsche Volk ? Ich kenne nur das deutsche Volk !

Gehen wir davon aus, daß zur Täuschung im Rechtsverkehr, der Parlamentarische Rat auch mit dem Eigennamen das Deutsche Volk anzureden war, dann „stimmt“ mehr oder weniger der Satz: „ ... hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“ ---- wie die website der Bundeszentrale für politische Bildung beweist, war es nicht die einzig wahrhaftige verfassungsgebenden Gewalt des deutschen Volkes. Das Grundgesetz galt auch nie für das deutsche Volk, sondern immer für das Deutsche Volk = den Parlamentarische Rat.

Art 1 (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschen-rechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

*Art 20 (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. ..*

Art 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Nur der Parlamentarische Rat als das Deutsche Volk bekennt sich zu den Menschenrechten - Art 1 (2). Auch scheint das Grundgesetz erst dann für das normale deutsche Volk zu gelten, wenn die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet ist - Art 146. Wobei unbestimmt ist, von welchem Volke alle Staatsgewalt geht, denn wie bei Urteilen gibt es kein spezifizierendes Adjektiv - Art 20 (1) Satz 2.

Das deutsche Volk wird immer rechtlos sein, solange die Vasallen der 4 Hegemonialmächte als Minister- und Bundespräsidenten sowie Bundeskanzler herrschen: das subjugierte deutsche Volk (rechtlos wegen der

debellatio des Deutschen Reichs) gefangen im Vasallenstaat BRD. Juristen sagen (als Volksverräter): wir handeln nach geltendem Recht! Dies ist kein Recht von Deutschland als Ganzem, sondern das von den Hegemons als GEGENüber dem deutschen Volk deklariertem geltenden Recht der UnterdrückungsGewalt; nicht umsonst gab / gibt es die Empfehlung das deutsche Volk zu sterilisieren (1/3 = ist bereits zeugungsunfähig). Wieso wundert Ihr Euch dann noch über die Sinnlosigkeit von Demonstrationen, Petitionen, Beschwerden bzgl. Gerichtsverhandlungen, GEZ etc. ? Bald wird der letzte € und Besitz gepfändet sein (ESM/ESFS / Refugees) ? Jede (Ver)Änderung liegt allein in Eurer Hand ! *Euer Peter*

PS: Wie heißt es so richtig: würden Wahlen etwas bringen / verändern, wären sie verboten.

---- unter bewußte Vernachlässigung von Jesuiten, Vatikan und anderen „religiösen“ Gruppierungen ----
Jede politische Partei ist damit nur der stiefelleckende Stiefelputzer, der skrupel- und gewissenlose Handlanger für die herrsche Macht.

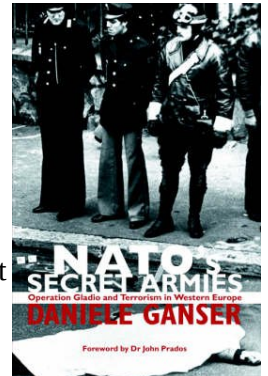
Zwei Instrumente der Macht haben sich über Jahrzehnte nicht verändert:

Freimaurerei und Stay Behind Organisationen

Was kümmern [wie es in Ungarn heißt: der *Schweinetrog* (das auszubeutende Volk zur Befriedigung der eigenen (Freß)Sucht / Gier) *bleibt, nur die Schweine wechseln* (Politiker)] Wechsel der Parteien, wenn die wahre Macht im Hintergrund (stay behind) gleich bleibt ? Die Polit-Bühne ist, war und wird immer ein Schmierentheater sein und bleiben – - sie dient der Machtbefriedigung von Psychopathen, Pädophilen und Personen mit Persönlichkeitsdefizit, auf daß das so bequeme „Wahlvieh“ nie beginnt zu hinterfragen.



<http://www.truthmove.org/content/operation-gladio/>
Insight Operation GladioNATO/CIA “Stay-Behind” Secret Armies
Operation Gladio is undisputed historical fact. Gladio was part of a post-World War II program set up by the CIA and NATO .. it became a state-sponsored right-wing terrorist network, involved in false flag operations and the subversion of democracy.



Einblick in die Operation Gladio - eine NATO / CIA Heimliche Armee Italiens seit den Vierzigern. Operation Gladio ist unbestrittene eine historische Tatsache. Gladio war ein Teil eines Programms des 2. Weltkriegs, das wohl durch CIA und NATO aufgestellt wurde, .. es ist ein gesponsertes Rechtsterroristennetz geworden, das an falschen Fahnenoperationen zum Umsturz der Demokratie beteiligt ist.



Die Bombardierung am 2. August 1980 der Bologna Bahnstation, die 85 Menschen getötet hat, wird als eine Operation von Gladio anerkannt. Verantwortlich gemacht wurden die kommunistischen “Roten Brigaden” - damit es keine kommunistische italienische Regierung geben wird. Zwei italienische Geheimdienstagenten und Licio Gelli, der Leiter der berüchtigten P2 Freimaurerischen Hütte, wurden in der Verbindung zur Bombardierung verurteilt - Aufklärung kam 1990 durch eine EU Kommission. Wiederum hat, wie auch in New York: 9/11, die vom Volk gewählte Regierung / Politiker ihr eigenes Volk ermordet (Paris 2015 ?). => über all die Jahrtausende hat - bis auf die Religionen - NICHTS mehr Menschenleben gekostet, als die eigene Regierung. Daher weiß ich, daß nur ein durch das Volk im Ting „regierter Staat“ aufhört, sein Volk zu ermorden (Mao Zedong & Stalin etwa 100 Millionen, japanischer **Tennō** Hirohito / Showa, etc.) ! siehe dazu www.freiheitistleben.de/thema04.htm => siehe Terroranschläge

Die staatliche Stay Behind Organisation CLADIO verübte schon mehrere Terroranschläge im Auftrag der demokratisch gewählten Staatsregierung - Vincenzo Vinciguerra, 1990 wegen Mordes an drei Carabinieri verurteilter Rechtsextremist und Gladio-Mitglied: *Man musste Zivilisten angreifen, Männer, Frauen, Kinder, unschuldige Menschen, unbekannte Menschen, die weit weg vom politischen Spiel waren. Der Grund dafür war einfach. Die Anschläge sollten das italienische Volk dazu bringen, den Staat um größere Sicherheit zu bitten. (...) Diese politische Logik liegt all den Massakern und Terroranschlägen zu Grunde, welche ohne richterliches Urteil bleiben, weil der Staat sich ja nicht selber verurteilen kann.*”